

# Haushalt 2020 der Stadt Aalen

## Gemeinderatsfraktion FDI

### „Fraktion zur Durchsetzung des Informationsrechts“

*Hinweis an die Verwaltung: alle von mir und der Fraktion seit 2017 gestellten und nicht im Gemeinderat behandelten Anträge werden zum Gegenstand des Vortrags gemacht. Aus Zeit- und Umweltgesichtspunkten werden die Anträge hier nicht ausgedruckt und beigelegt -die Verwaltung möge die selbst suchen.*

#### Redeteil

**Norbert Rehm, Fraktionsvorsitzender**

Sehr geehrter Herr Rentschler, liebe Kolleginnen und Kollegen

der OB redet von der Boomtown Aalen. Uns informieren Bürger und die Presse. Die schreiben, dass in unserer Town eigentlich **nichts mehr boomt**.

Sie überschlagen sich fast, wenn Sie von bald weit über 70.000 Einwohnern sprechen - im Haushaltsplan stehen ca. 68.500 Einwohner. Die **Einwohnerstatistik** spricht von einer stabilen Seitwärtsbewegung.

Sie haben hier eine gigantische Scheindemokratie aufgebaut. Das halbe Rathaus trägt das Schild "Büro des Oberbürgermeisters" vor dem Kopf.

Sie reden von Bürgerbeteiligung - diese wird allerdings von Ihnen selbst definiert. Beispiel Digitalisierungsbeirat. Da werden laufend neue Mitglieder berufen. Die Mitglieder sind alle Ihrem Kopf entsprungen.  
Das Thema ist äußerst wichtig - die demokratische Legitimation gleich Null.

Wir gehören zu den Städten mit **den höchsten Mietpreisstigerungen**. Da **boomt es** wirklich.

Und dann haben wir noch großartige Erwähnungen in Polis und der **Wirtschaftswoche**:

Aalen liegt mit einer **Preissteigerung bei Wohneigentum** von 33,9 % in den letzten 3 Jahren an 16. Stelle der Städte mit den höchsten Preissteigerungen in ganz Deutschland.

**Vor Würzburg und Nürnberg, Reutlingen, Brandenburg. Frankfurt hat nur 29,8 und Stuttgart nur 29,7 % Preissteigerung vorzuweisen.**

(WIRTSCHAFTSWOCHE vom 20. März 2019.)

Da haben wir dann doch noch was gefunden, was **ihr Verdienst ist.**

Zu mir haben Sie gesagt: Ja, Fragen dürfen Sie schon - nur Sie bekommen halt keine Antwort. Das ist nur arrogant. Ihr Verwaltungshandeln dafür *bürgerfremd.*

Die Flucht der altgedienten Mitarbeiter aus dem Rathaus ist jetzt beendet. Die sind jetzt weg. Schon bei der Einstellung wird getrickst.

Für die Wirtschaftsförderung schreiben Sie eine Amtsleitung aus - das Amt gibt es aber nicht.

Der gewählte Bewerber sagt noch in der Vorstellung, dass er sich natürlich **nicht** für eine Stabsstelle beworben hat.

Noch immer wird gerätselt, wer oder was wir nun eingestellt haben.

Wie frostig das Betriebsklima auf dem Rathaus ist - konnten wir ja alle bei der Beratung des Personalhaushalts merken.

**Sie führen sich auf wie ein narzisstischer Alleinherrscher.** Sie hassen es, wenn jemand ihre Ansichten und Entscheidungen infrage stellt, wenn wir Anträge stellen fühlen Sie sich durch Kompetenz bedroht.

**Gut** - an allem ist der OB nicht Schuld - etwas fehlt es schon auch am Selbstverständnis der Gemeinderäte.

**Wie zum Beispiel beim Dampfkesselhaus, das der Landkreis los werden wollte.**

Wir haben es als Stadt Aalen "übernommen"....

Haben wir das Teil nun gekauft - oder ist es uns geschenkt worden. Erbbaurecht? Was kostet es? Steht es unter Denkmalschutz? Ja. Nein. Oder ?

Warum haben Sie es nicht gesagt: der Präsident des Landesdenkmalamtes war da und soll gesagt haben: **Abreißen.** Nicht zu erhalten. **Kein Denkmal. Warum informieren Sie uns nicht vollständig und wahrheitsgemäß?**

Aalen Süd ist auch nicht das Gebiet der Aalener Industriegeschichte. Zudem: Dampfkesselhäuser gibt es viele. Der Gemeinderat stimmt ungeprüft dem Mist zu, den der Kreistag schon aus guten Gründen abgelehnt hat.

**Wir beantragen** die Darlegung der Auswirkungen und Kosten dieses Danaergeschenkes.

*(Ein Danaergeschenk (gesprochen Da-na-er-Geschenk) ist ein Geschenk, das sich für den Empfänger als unheilvoll und schadenstiftend erweist. Der Begriff stammt aus der griechischen Mythologie. Benannt ist es in Anlehnung an das hölzerne Trojanische Pferd, mit dessen Hilfe die „Danaer“ (bei Homer ...) )*

## **Rechtsstreitigkeiten:**

Sie begnügen sich **ja nicht** damit, dass Sie Anträge von uns nicht behandeln und **somit das Gesetz brechen**, Sie verklagen auch rechtstreuere Bürger der eigenen Stadt - die der in winkeladvokatischer Beckmesserei auftretenden Verwaltung auf den Leim gegangen sind.

Wir stellen den Fraktionsantrag nach § 34 (1) der GemO:

*Bahnhalt West, Stand der Prozesse zum Vorkaufsrecht und Zufahrt Reebgelände und die dortigen Nutzungen sind uns darzulegen.*

## **Unser Antrag:**

So lange beantragen wir eine Haushaltssperre für alle Maßnahmen in diesem Gebiet, inkl. Bahnhalt.

## **Unser Antrag:**

Wir beantragen eine Aufstellung

- a) aller Rechtsstreitigkeiten, in denen die Stadt Aalen involviert war und **ist und**
- b) alle von der Verwaltung in Auftrag gegebenen Gutachten jeweils seit 2017.

## **Stadtoval-Steg**

Wir haben zum **Stadtoval, Steg, Kulturbahnhof, Stellplätze, falsche Kostenzuordnung usw. viele Anträge gestellt, u. a. im Okt. 2018, auch in 2019. Unter Bruch der Kommunalverfassung haben Sie das ignoriert.**

**Alle Anträge zur Behandlung als eigener TO-Punkt stellen wir neu.**

Ich war bei dem Richtfest des Roten Kreuzes und durfte dort die neue alte Forderung hören, die Kinder und die Mitarbeiter hätten Anspruch auf den kurzen Weg über den Steg in die Stadt. Dies gelte auch für die vielen Besucher des Kulturbahnhofs, die im P & R - Parkhaus am Bahnhof parken müssen. Die 6 eigenen Stellplätze am Kulturbahnhof reichen ja nicht.

Ich habe mich wieder aufgeregt und deshalb jetzt **die Wegstrecke berechnet** - einmal durch die Unterführung und dann über den Steg. Sie werden dies jetzt **auch nicht** glauben - aber der Weg zum Parkhaus über die Düsseldorfer Str. ist kürzer.....

## **Plan liegt bei.**

**Achtung:** Die Wegstrecken auf dem Plan Stadtoval sind von Norbert Rehm eingezeichnet und eingetragen - auf einem Plan der Stadt Aalen (ursprünglich Lohrer-München) aus dem Internet.....

**Antrag:**

Wir beantragen, im Haushalt 2020 **einen Sperrvermerk** für alle Ausgaben im Zusammenhang mit **dem Steg anzubringen** - bis der o.g. Tagesordnungspunkt im Gemeinderat abgehandelt wurde.

Auch müssen die Fragen mit den **Stellplätzen, der Ablöse und der Zweckbestimmung P + R - Parkhaus** geklärt werden.

**Verseuchter Parkplatz Unterkochen:** Diese Stadtverwaltung rühmt sich ja mit großartigen Investitionen, in der Größenordnung von Millionen oder Milliarden - die Nullen spielen keine Rolle. Während jeder kleine Investor in Kaufverträgen auf eine Umweltklausel besteht und sich die Altlastenfreiheit garantieren lässt - die Stadtverwaltung hat das nicht gemacht.

Ein Versagen, ein Fehler, kann immer vorkommen. Dafür bezahlen wir die Haftpflichtversicherung, beim Oberbürgermeister, Vielfachmanager und Tag- und Nacht Aufsichtsratsvorsitzender kraft Amtes haben wir die D & O- Versicherung.

**Antrag:**

Wir beantragen als Fraktionsantrag gem.§ 34 GemO die Darlegung der vorhandenen **Haftpflichtversicherungen** bei Stadt und den Beteiligungen - wer und was ist versichert. Und die Kosten.

**Antrag.**

Wir beantragen dann die Prüfung einer **Meldung** an die Haftpflichtversicherung im Falle **umweltverseuchter Parkplatz** (Verschulden bei Abschluss Kaufvertrag) in Unterkochen und auch beim **Ostalbfestival**.

Zum Thema **Ostalbfestival** haben wir u.a. am 23.9.2019 auch einen Fraktionsantrag gestellt - den wir erneut einbringen.

**Antrag:** Dazu **beantragen wir ab sofort Sperrvermerke** für alle weiteren Zahlungen und auch für Folgeveranstaltungen im Zusammenhang mit diesem sog. Event bis zur Behandlung unseres Fraktionsantrages im Gemeinderat.

**Wohnungsbau:** Auch hier haben wir mehrfach Fraktionsanträge nach der GemO gestellt., u. a. am 24.10. 19, auch schon im Sept. 2018. Kein einziger Antrag wurde behandelt.

**Alle Anträge** werden neu eingebracht:

Wir wollen

\*\* dass die Wohnungsbau Sozialwohnungen baut

\*\* und nicht für 10 - Mio. von institutionellen Anlegern Bestandswohnungen als

Kapitalanlage kauft.

\*\* die gewerblichen Objekte sollen verkauft werden, mit dem Erlös Sozialwohnungen gebaut werden.

\*\* Wir wollen dass der Gesellschaftszweck eingehalten wird.

\*\* Der Kaufvertrag der städt. Wohnungen **aus 2002** muss endlich abgerechnet werden. Seit 2015 steht der Stadt noch Geld zu.

\*\* Wie viele Sozialwohnungen hat denn die Wohnungsbau **abgebaut, wie hat sich** die Anzahl der Sozialwohnungen entwickelt?

\*\* Was ist oder soll denn mit den ca. 15 Millionen an Steuergeld geschehen, die Sie jetzt wieder beim Steuerzahler abgreifen? (6 Jahre Verzicht auf Gewinnabführung).

**\*\* Wir wollen eine Auflistung des Gesamtbestands aller Immobilien, der Mieten und der Nutzungen.**

**\*\* Warum hat die Wohnungsbau Gewinnrücklagen von 20 Millionen €? Ein Skandal?**

Bei vertragsgemäßem und richtigem Einsatz des vorhandenen Vermögens, der Gewinnrücklagen und Abruf der vorhandenen Zuschüsse von Bund und Land - hätten wir in Aalen das **Problem aller Sozialmieter gelöst.**

**Antrag:**

**Sämtliche Mittel im Haushaltsplan für die Aalener Wohnungsbau sind mit Sperrvermerk zu versehen.**

Der Luftballon mit der **Bäderkonzeption** wurde laut gestartet. Der Gemeinderat muss alle Entscheidungen treffen. Warum hören wir nichts?

**Antrag:** Wir beantragen hierzu einen Bericht - zu **allen** Bädern in Aalen.

**Antrag:**

Auch unseren **Fraktionsantrag** zu den Thermalbadgesellschaften stellen wir hiermit **neu.**

Hier hat die Stadtverwaltung **treuwidrig gehandelt** und die Bürgerkommanditisten **enteignet.**

Sollten die Stadtwerke mit der Argumentation recht behalten, dass die Bürgerkommanditisten laut Umwandlungsgesetz **untergegangen sind** - dann sind jetzt die vielen Bürger **Mitgeschafter bei den Stadtwerken.** Ich auch.

Is so - und ob das lustig ist wird sich noch herausstellen.

**Antrag:**

Wir beantragen erneut die Einholung eines Gutachtens bei der Gemeindeprüfungsanstalt zur effektiven Neuorganisation der Beteiligungsverwaltung. (Mittlerweile werden die größten und wichtigsten Investitionen nicht mehr im Kernhaushalt der Stadt **abgewickelt sondern in GmbHs.**)

In Anlehnung an eine Schlagzeile in der Aalener Presse nach einer großangelegten Verleumdungsaktion der Stadtverwaltung gegen mich persönlich muss man jetzt auch insgesamt die Frage stellen: **Was kostet Rentschler die Stadt?**

In der Kürze der Zeit kann ich nicht weiter ausführen. Allgemein gilt: Alle Anträge von mir und dann der Fraktion in der Amtszeit Rentschler gestellten Anträge werden - **neu** als Fraktionsantrag eingebracht. Sollten die jetzt nicht behandelt werden - werden alle juristisch möglichen und denkbaren Maßnahmen in Erwägung gezogen.

Sie können ja wieder die Frau Rischar mit dem alten Aktenkarren durch den Ratssaal stolzieren lassen. Das wird vielleicht fehlerfrei funktionieren.

Und heute - in gehörigem zeitlichen Abstand antworte ich jetzt auf einen Brief des Rentschler-Anwaltes an mich:

Sehr geehrter Herr Rentschler: Ich habe nichts zurück zu nehmen. Ich stehe zu dem, was ich gesagt habe. Und wenn Sie nicht der Gemeindeordnung Genüge tun und Fragen beantworten sondern die Leute vergaggeiern - dann werde ich auch die notwendigen Weiterungen einleiten.

Ich empfehle uns allen Gelassenheit und Weitblick. Damit leite ich über zu meinem Kollegen Prof. Klein.

Vielen Dank.

**Entwurf Haushalt 2020 der Stadt Aalen**  
**Gemeinderatsfraktion FDI**  
**„Fraktion zur Durchsetzung des Informationsrechts“**  
**Stand: 12.11.2019,**  
**Prof. Dr. F. Klein und Dipl.-Kfm. N. Rehm**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist bis Donnerstag, den 21.11.2019, 14:00 Uhr

Redeteil Prof. Klein:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Rentschler,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren von der Presse,  
liebe anwesende Bürgerinnen und Bürger der Stadt Aalen!

## **1. Politische Lage**

Wenn es in Deutschland im laufenden Jahr einen politischen Paukenschlag gegeben hat, dann die Beschlüsse der Bundesregierung, ein Paket zum Klima- und Umweltschutz über 53 Milliarden € für die kommenden Jahre bis 2030 zu schnüren. In Ihrer Haushaltsrede, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, tauchen die Worte Umwelt- und Klimaschutz mehrfach auf, Maßnahmen enthält der Haushalt bei genauem Hinsehen keine.

## **2. Verschuldung der Stadt Aalen**

In Ihrer Rede beim Einbringen des Haushaltsplanes 2020 nehmen Sie kritisch Stellung zu den von der Stadt Aalen in der Vergangenheit aufgenommenen Krediten, für die die Stadt Aalen allein in den Jahren von 1996 bis 2015 52 Millionen € Zinsen zahlen musste. In der Zwischenzeit sind nochmals 10 Millionen € Zinsen dazu gekommen.

Kredite schränken grundsätzlich den Handlungsspielraum, auch den der Stadt für die Zukunft ein. Deshalb muss die Strategie der Stadt für die Zukunft sein, die Kredite zu tilgen und nicht neue aufzunehmen, unabhängig davon, wie hoch die Zinssätze sind. Die Infrastruktur der Stadt kann nicht, wie Sie schreiben, „sorgenfrei erneuert werden, koste es, was es wolle.“

Der Schuldenstand steigt von 37,7 Millionen € in 2018 auf 56,3 Millionen € in 2021, dazu kommen die Schulden der 100 %-Töchter Stadtwerke und Wohnungsbau Aalen mit 110 Millionen € bei steigender Tendenz.

Dazu kommt die Unsicherheit im Haushalt wie es mit dem kommunalen Querverbund weiter geht, der Bundesfinanzminister möchte diesen offenbar streichen.

## **3. Investitionen in den Klima- und Umweltschutz, Antrag der FDI**

Zu diesen Investitionen gehört ein „Baumpflanzungsprogramm“, das den Namen verdient, nicht 5

„kranke“ Bäume absägen und einen pflanzen.

Forscher haben hochgerechnet, dass der derzeit zu hohe Ausstoß von CO<sub>2</sub> durch den Einsatz fossiler Energieträger, wie Erdöl, Kohle und Gas vollständig umgewandelt wird, durch zusätzliche Bäume zu 2 Bäumen einer zusätzlich.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, das man nur vor Ort, das heißt, die Stadt Aalen in Aalen, lösen kann.

1. Wir, die FDI stellen den Antrag, ein großes Baumpflanzungsprogramm, zusammen mit dem Land, dem Kreis und Bürgern, die in Aalen Brachflächen haben, zu starten mit dem Ziel, 30.000 zusätzliche Bäume zu pflanzen. Ein Nebeneffekt dieser Maßnahme ist, dass die Wälder durch diese Ausdehnung zunehmend wieder gesunden.

Die Stadt Aalen macht eine Flächenerhebung, erstellt eine Kostenplanung und setzt das Programm bis 2030 um.

Gelder in Höhe von 200.000 € werden für die Planung im 2020 im Haushalt eingestellt, und in den folgenden Jahren die Gelder für die Umsetzung dieser Programme.

#### **4. Einsparungen fossiler Energieträger**

Die größten Einsparpotentiale beim derzeitigen Einsatz fossiler Energieträger haben die Kommunen, und zwar

1. beim Bauen und Wohnen und
2. beim innerörtlichen Verkehr.

Ein Drittel der Energie, die in Deutschland verbraucht wird, geht in die Hausbewirtschaftung für die Gebäude für Wohnen und die der Verwaltung.

Wir, die FDI stellen folgende Anträge:

2. Die Bauverwaltung genehmigt der Neubauten grundsätzlich nur noch Gebäude, die energieneutral sind und mit Photovoltaikanlagen bestückt werden, wo immer dies möglich ist. Dies gilt in besonderer Weise für öffentliche Gebäude, wie Schulen usw., Kindertagesstätten usw., auch in anderer Trägerschaft.

Holz ist für mich ein schöner Baustoff, zudem nachwachsend. Zum Klimaschutz trägt Holz nichts bei, „**Totes Holz atmet nicht**“, nur lebende Bäume und Pflanzen benötigen CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre zum Aufbau von Zucker, Zellulose und Holz, dazu setzen die in großem Maße Sauerstoff frei.

Der Verkehr in Aalen ist gekennzeichnet durch „Stopp and Go“. Jeder Stopp kostet bei einem Auto mit Verbrennungsmotor 5 cm<sup>3</sup> Treibstoff zum Anfahren. Die Stadt Aalen ist verantwortlich für den innerstädtischen Straßenbau, die Verkehrsführung und Verkehrslenkung. Hier können Sie den Bürgern viel Geld ersparen und große Mengen an Schadstoffen vermeiden, wenn die Stopps um 30 % reduziert werden.

Auf dem großen Wohngebiet Grauleshof können die Anwohner keinerlei Besorgungen machen, sie müssen, gleichgültig mit welchem Fortbewegungsmittel und auf welchem Weg sie fahren, ein

solches benutzen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb von Aalen mit Telenot in Essingen, SHW in Hüttlingen, Y2G in Oberkochen erfordern zusätzliche Verkehrsmittel für Aalener Bürger, die dort arbeiten.

Einen Auto-freien Galgenberg erreichen Sie möglicher Weise für Rentner und Schläfer, nicht für die Schulkinder und Bürger, die arbeiten und zu Besorgungen fahren müssen.

## 5. Derzeitiger Energiebedarf in Deutschland

In Deutschland werden circa

- ein Drittel des Energieverbrauchs in den Haushaltungen verbraucht,
- ein Drittel im Verkehr und
- ein Drittel in der Industrie.

Der Energiebedarf in Deutschland wird gedeckt durch:

1. Strom aus Wind und Photovoltaik	14,0 %
2. Erdöl	27,4 %
3. Kohle, Torf, Erdgas	42,3 %
4. Bio-Kraft	8,4 %
5. Kernenergie	7,8 %

Die Stromerzeugung wird derzeit zu 75 % aus fossilen Energieträgern erzeugt und zu 25 % aus Wind und Photovoltaik. Um den gesamten Strombedarf über Wind und Photovoltaik zu decken, müssten jährlich 4.500 Megawatt zusätzlich ans Stromnetz gehen, tatsächlich liegt der Anteil um bis 500 Megawatt. Zudem muss der größte Hersteller von Windkraftanlagen, die Firma Enercon 3000 Mitarbeiter entlassen wegen Mangel an Aufträgen, Länder und Kommunen zögern die Genehmigungen hinaus. Es ist realistisch, den Anteil an Energie durch Windkraft, Photovoltaik, Bio-Kraft und Wasser in der Bundesrepublik Deutschland auf 40 % des Energiebedarfs zu steigern.

### **Große Worte der Bundesregierung, kleine Schritte der Kommunen.**

Dafür müssen speicherbare Energieträger über die Sonnenenergie erzeugt werden. Hierzu kommt nur Wasserstoff in Betracht. Ein steigender Bedarf an Strom ist Folge der Digitalisierung und der Medienausstattung an den Schulen. Herr Oberbürgermeister, bitte teilen Sie den Bürgern und den Räten mit, um wieviel der Strombedarf in Aalen durch die Medienausstattung der Schulen steigt, und mit welchen Kosten die Stadt jährlich rechnet.

## 6. Seniorenarbeit

In Aalen gibt es mehr als 16.000 Bürger über 60 Jahre. Sie tragen entscheidend zu den Einnahmen der Stadt Aalen und damit zur Finanzierung des Haushaltes bei.

Die Ausgaben der Stadt Aalen für die Seniorenarbeit betragen in 2018 laut Angaben der Stadt insgesamt 1740 €. Ihre Begründung lautet, Herr Oberbürgermeister, dass die Stadt zu keinen Maßnahmen gesetzlich verpflichtet sei.

Die Stadt ist auch nicht verpflichtet, Festivals mit mehr als 300.000 € zu finanzieren, viele andere Freiwilligkeitsleistungen ließen sich auflisten, die aus Steuermitteln finanziert werden.

Wir, die Fraktion der FDI stellen den Antrag,

3. bis 2030 in allen 17 Quartieren Treffpunkte / Einrichtungen für die älteren und auch behinderte Mitbürger zu schaffen, mit Kirchen und anderen Trägern, in denen tagtäglich die betroffenen Mitbürger soziale Kontakte pflegen und einen Lebensmittelpunkt haben.

Pflegeheime sind wichtig für Menschen, die sich nicht mehr selbst versorgen können. Für ältere Mitbürger, die sich noch weitgehend selbst versorgen können und zu Hause wohnen wollen, ist ein lebenswertes Leben nur im eigenen Heim möglich, am Ende auch finanzierbar. Bitte schließen Sie, Herr Oberbürgermeister, diese Menschen nicht aus oder in Pflegeheimen ein.

Pflegeheime sind wichtig, ich betone dies nochmals für Menschen, die sich nicht selbst helfen können, sondern der Pflege bedürfen.

Wir, die FDI-Fraktion, stellen den Antrag

4. für die Schaffung solcher sozialen Treffpunkte jährlich 350.000 € einzusetzen, das heißt in den nächsten 12 Jahren 4,2 Millionen €.

Ich komme zum Schluss:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wenn Ihnen Umwelt- und Klimaschutz wirklich am Herzen liegen, müssen wir in Aalen das unsere dazu tun, ein Drittel des Energiebedarfes können und müssen wir einsparen.

Wenn Ihnen die Zukunft unserer Kinder, Enkel und der Nachkommen am Herzen liegt, bedarf es keiner Worte, sondern großer Bescheidenheit und enormer Anstrengungen und Investitionen. Ich lade Sie dazu ein, gehen Sie den Weg mit uns.

Dr. Friedrich Klein